

07. Februar 2024



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Der Haushalt 2024 steht weiter unter den Einflüssen der weltpolitischen Lage, die sich leider auch im vergangenen Jahr nicht zum Besseren entwickelt hat. Im Gegenteil, durch die kriegerische Auseinandersetzung im Gaza Streifen kam neben dem noch immer andauernden Krieg in der Ukraine ein weiterer Krisenherd hinzu.

„Nichts ist so stetig wie der Wandel“

Der griechische Philosoph Heraklit, der diese Worte geprägt hat, hatte aber sicher nicht die Geschwindigkeit, Zerstörungskraft und Vielschichtigkeit im Blick, die wir in diesen Tagen erleben.

Krisen und Herausforderungen sind zur neuen Normalität geworden – ein Modus, der geprägt ist von Unsicherheit und stetigem Anpassungsdruck.

Auch die Schlagzeilen, welche uns zum Ende des Jahres bezüglich der deutschen Wirtschaft erreichten, lassen aufhorchen. Die Wirtschaftsprognosen sind im Tief, hohe Zinsen belasten die Investitionen und die schwache Weltwirtschaft lassen die Umsätze und Ergebnisse unserer Unternehmen schrumpfen. So war zu lesen: Die Mehrheit der Branchen der deutschen Wirtschaft blicken pessimistisch ins kommende Jahr!

Auf kommunaler Ebene wird der Konflikt durch das Ungleichgewicht zwischen dem, was die Politik im Land und Bund verspricht und dem, was die Kommunen tatsächlich noch im Stande sind, leisten zu können immer weiter verschärft.

Wahrlich nicht die besten Voraussetzungen, um die erforderlichen kommunalen Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Diese sind z. B.: Für eine gute Bildung und Betreuung für unsere Kinder Sorge zu tragen, die ehrenamtlichen Frauen und Männer der freiwilligen Feuerwehr leistungsgerecht auszustatten oder einfach nur hilfeschuchenden obdachlosen Bürgerinnen und Bürgern unserer Kommune oder geflüchteten Mitmenschen Sicherheit und ein Dach über dem Kopf zu geben. Schließlich müssen all diese Aufgaben der Kommune über entsprechende Einnahmen aus Steuern, Gebühren und weiteren Zuwendungen ausgeglichen werden.

Die zurückliegenden Beratungen zum Haushalt 2024 zeigen, dass weiterer Spielraum für Einsparungen vorhanden ist.

Alle möglichen Einsparungen sind aber nicht der in Kürze der Vorberatungszeit umzusetzen und bedürfen nach Meinung der Freien Wähler einer intensiven und sorgfältigen Überlegung in diesem Jahr.

Alzenau hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem!

07. Februar 2024



Mit den zu erwartenden Gewerbesteuererinnahmen von rund 17,8 Millionen Euro tragen trotz der widrigen wirtschaftlichen Umstände die örtlichen Gewerbetreibenden einen großen Deckungsanteil für eine erfolgreiche Umsetzung unserer Ziele bei.

Unsere Unternehmen, der Mittelstand, das Handwerk, der Handel sowie die Selbständigen und Beschäftigten bilden das Rückgrat unserer Stadt. Sie ermöglichen uns nicht nur den wirtschaftlichen Erfolg, sondern sie formen auch den Charakter unserer Gemeinschaft, sie schaffen Arbeitsplätze und gestalten unsere städtische Finanz- und Sozialpolitik maßgeblich mit.

Das verdient unsere Unterstützung - gerade im Hinblick auf den uns allen bekannten Fachkräftemangel.

Wie auch in den vergangenen Jahren, sind auch in diesem Haushaltsjahr die größten Ausgaben im Verwaltungshaushalt, die Personalkosten.

Durch Neueinstellungen in der Verwaltung, sowie durch Tariferhöhungen steigen diese abermals auf ein Rekordhoch auf ca. 18,1 Mio. Euro.

Der Vorschlag von uns Freien Wählern, dass nicht jede freiwerdende Stelle durch Ausscheiden eines Mitarbeiters oder durch den Eintritt eines Mitarbeiters in den Ruhestand automatisch nachbesetzt wird fand leider kein Gehör. Auch sind wir der Meinung, dass das ausstehende Organisationsgutachten keine Einsparungen bringen wird, wenn diese nicht von allen Beteiligten gewollt wird.

Eine Änderung wird nur eintreten, wenn alle, Stadtrat und Verwaltung hinter dem Thema stehen und gemeinsam eine Lösung finden wollen.

Den oben verlesenen Absatz zu den Personalkosten habe ich genauso wie in meiner Rede zum Haushalt 2022 und den vorherigen Haushaltsreden, übernommen.

Leider muss ich feststellen, das Vorgetragene fand kein Gehör!

Nach langen zähen Verhandlungen konnte eine neu zu besetzende Stelle aus dem Stellenplan gestrichen werden, dies reicht nicht um dem gesetzten Sparwillen gerecht zu werden, ist aber der Weg in die richtige Richtung.

Ein vielfach gewünschter Einstellungsstopp, oder ein Sparen von 10% der Personalkosten ist für uns, Freie Wähler nicht in allen Bereichen umsetzbar.

Eine Reduzierung der Personalkosten ist ein mittel bzw. langfristiges Ziel und bedarf einer genauen Analyse der Ursachen.



Wo sind die meisten Stellenmehrungen, wo ist die höchste Fluktuation, wo stellt der Gesetzgeber höhere Anforderungen an die Kommunen oder auch welcher Bereich hat keine Steigerung.

Gutes Personal ist wichtig und muss angemessen bezahlt werden.

Nach Meinung der Freien Wähler, wäre es richtig sich vom Begriff „Wir müssen Sparen“ zu verabschieden. Der richtige Ansatz hier wäre: „Wir wollen sparen!“ Nur so können wir gemeinsam diese schwierige Aufgabe meistern.

Steigende Personalkosten und der deutliche Anstieg der Kreisumlage können nur durch eine Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer sichergestellt werden.

Die im Haushaltplan eingearbeitete Erhöhung der Hebesätze ist daher eine schmerzhaft, aber logische Konsequenz um zusammen mit anderen Maßnahmen einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erzielen.

Bei allen Vorgesprächen war es uns den Freien Wählern wichtig, dies in einem vertretbaren Rahmen umzusetzen.

Mit Kostenansätzen für Planungen zur Umsetzung der Ganztagesbetreuung an den Grundschulen ab 2026, für verschiedenste Klimaschutzmaßnahmen und für die Erarbeitung eines Hochwasserschutzkonzepts für das Stadtgebiet sind Mittel vorgemerkt, die die Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen aus Land und Bund auf den Weg bringen sollen. Die Ergebnisse aus diesen Planungen und Untersuchungen werden unsere zukünftigen Haushalte in großem Maße belasten. Hier gilt der Appell an die Gesetzgeber, die Kommunen nicht im Stich zu lassen und die Umsetzung dieser Maßnahmen mit Inhalten und mit finanziellen Mitteln auszustatten!

Zur Verbesserung der Einnahmenseite ist es sicherlich an der Zeit, die Gebührenordnungen für kommunale Dienstleistungen und die Nutzungsentgelte für gemeindliche Einrichtungen zu überarbeiten und fortzuschreiben.

07. Februar 2024



Trotz der gestiegenen Kosten im Kinder- und Jugendbereich, zählen für uns Freie Wähler zu den wichtigsten Maßnahmen auf jeden Fall die Erweiterung und der Erhalt der Kindergärten und Schulen. So ist die Erweiterung der Grundschule in Michelbach ebenso im Vermögensplan aufgeführt wie der Neubau der Kita Wasserlos. All dies tragen wir, die Freien Wähler mit.

Wie in den Vorjahren erwähnt haben für uns die Erneuerung der Kläranlage und die durch den Sturm sowie Dürre verursachten nötigen Ersatzaufforstungen im Stadtwald oberste Priorität.

Auch dürfen wir einige unserer Hauptverkehrsstraßen und sehr viele unserer Nebenstraßen nicht aus den Augen verlieren, welche in einem sehr schlechten Zustand sind.

Die Projekte im Feuerwehrwesen, der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Alzenau, die Erweiterung desselben in Michelbach, sowie die nötigen Ersatzbeschaffungen, werden wie bereits in den Vorjahren erwähnt von uns unterstützt.

Bei allen Maßnahmen müssen wir versuchen möglichst keine neuen Kredite in Anspruch zu nehmen. Die Belastung unserer Bürger ist bereits jetzt schon doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt in Bayern.

Leider wurde die vorrangige Aufgabe des Stadtrates den Flächennutzungsplan endlich weiter fortzuschreiben, um hier eine zielgerichtete Weiterentwicklung Alzenaus möglich zu machen, im vergangenen Jahr wieder nicht in Angriff genommen. Durch diese Fortschreibung können wir unter anderem frühzeitig erkennen, wie groß der Bedarf an Kindergartenplätzen, Schul- und Hortplätzen für die Zukunft ist. Auch ist eine vorrausschauende Entwicklung der kompletten Infrastruktur dadurch möglich.

Wir können der Meinung der FDP Fraktion wiederholt leider nur beipflichten, wir haben keinen Plan und verlieren und oftmals im klein – klein und sehen das Große und Ganze nicht.

07. Februar 2024



Die Freien Wähler haben sich mit dem Zahlenwerk auseinandergesetzt, kritisch hinterfragt und mit dem Stadtrat und der Verwaltung ausreichend diskutiert. Nach Abwägung aller Argumente und finanziellen Möglichkeiten, inkl. der geplanten Kreditaufnahmen, halten wir den eingebrachten Haushaltsplan als verantwortbar.

Ich möchte mich im Namen der **PWG-Fraktion** für den offenen und konstruktiven Austausch und der Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken

Dem vorliegenden Haushaltspaket stimmen wir in allen Teilen zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.